

Traktandum: Dringliche Motion FDP: Teure Planwirtschaft im Sozialamt abbauen: Kompetenzzentrum Arbeit (KA) auslagern! Intervention im Stadtrat vom 26.4.07

Endlich haben wir eine Analyse, die den aktuellen Arbeitsmarktproblemen auf den Grund geht:

Alles wäre gar nicht so schlimm, wenn sich im Sozialamt nicht so hartnäckig die Planwirtschaft hielte und die Arbeitsbeschaffung in eigener Sache im Vordergrund stünde.

Eine wahrlich bemerkenswerte Analyse für eine, für DIE Wirtschaftspartei!

- I. Die Arbeitsmarktsentwicklung und -politik steht seit 1990 auch in der Schweiz unter klaren Trends:
 1. Abbau und Kürzung des Versicherungsschutzes: Die Arbeitslosen sollen barfuss auf den Arbeitsmarkt geschickt werden.
 2. Umfunktionieren der nach BV vorgeschriebenen "Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" in ein System von amtlichen Kontroll- und Zwangsmassnahmen gegen die Arbeitslosen.
 3. Massenhafte und systematische Verdrängung von ordentlicher Beschäftigung durch prekäre Anstellungen.
 4. Schaffung (bzw. Verkrustung) eines inferioren, "zweiten Arbeitsmarkts" mit Sonderstatus (Rechtlose und Entrechtete aller Art).
 5. Entziehung der Arbeitsmarktbehörden aus jeder demokratischen Kontrolle (RAV statt Gemeindearbeitsämter usw.).
- II. Da liegen die wahren Probleme!

Der freisinnige Vorstoss verschärft jedoch das Demokratieproblem und trägt zur Lösung der anderen nicht das Geringste bei.

Die Hochfinanz ist Hauptverantwortliche und Nutzniesserin der Arbeitslosigkeit. An der Börse weiss man das sehr gut und pflegt jede angekündigte Fusion und Massenentlassung mit Kurssprüngen zu honorieren.

Es erstaunt daher nicht, wenn nun die Hofpartei des Kapitals kommt und verlangt, dass die Stadt ihre Verantwortung „auszulagern“ und wohl an Private abzutreten habe, so dass das Kapital noch direkter in dieser gesellschaftlichen Wunde stochern dürfte – um nach Anlagen und Geschäften zu suchen.

- III. Aus allen unseren Erfahrungen ist hauptsächlich eine Konsequenz zu ziehen:
Jede Beschäftigung im 2. Arbeitsmarkt ist dem Arbeitsverhältnis in jeder Weise gleichzustellen:
- punkto Lohn,
 - GAV,
 - Versicherungsstatus (Anrechnung als nachmalige Beitragszeit),
 - freie Wahl des Vertragspartners,
 - Freiheit des Abschlusses.

Nur so kann sichergestellt werden, dass der zweite Arbeitsmarkt zusätzliches Beschäftigungsvolumen hervorruft.

Wenn man die Arbeitslosen als Marktteilnehmer schwächt und dem nackten Angebotszwang unterwirft, wird die Abdrängung ins Prekariat verstärkt weitergehen.

- IV. Dass die FDP an allen Tischen über Sparmöglichkeiten der öffentlichen Hand brütet, ist hinlänglich bekannt. Dass die „im Rahmen des Konzepts ‚Beschäftigungs- und Integrationsangebote‘ zur Verfügung gestellten Gelder nicht ausreichen, um die Kosten der beruflichen Integration zu decken“ – wem muss man das sagen?
Etwa den Betroffenen, denen der Markt die Aufnahme verweigert? Denen der Arbeitsplatz wegrationalisiert worden ist? Denen zu wenige Lehrstellen angeboten werden?

Der selbstherrliche Ton der Motion ist jedoch verräterisch:

So spricht der, der seine eigene Klientel nicht in die Pflicht nehmen will / nehmen kann – und davon abzulenken sucht.

Die PdA Bern lehnt die dringliche Motion in allen Punkten ab.

26.4.07 / Rolf Zbinden